

**Georg Lämmlin/Hilke Rebenstorf/Jil Weisheit (Hg.), *Religion - Kirche - Vorurteil. Diskussion eines Forschungsprojektes zu Kirchenmitgliedschaft und politischer Kultur*, Baden-Baden: Nomos-Verlag 2023, 230 S., 49,- € (eBook: 49,- €), ISBN: 978-3-7560-0458-4 (eBook: ISBN 978-3-7489-3952-8).**

---

Im Frühjahr 2022 erschien die groß angelegte, aus drei Teilprojekten (TP) bestehende EKD-Verbundstudie „Zwischen Nächstenliebe und Abgrenzung“, die an dieser Stelle bereits besprochen wurde.<sup>1</sup> Der hier nun vorgestellte Sammelband *Religion - Kirche - Vorurteil* ist Tagungsband der Fachtagung, auf der die EKD-Studie im Mai 2022 vorgestellt wurde und schließt dementsprechend unmittelbar an sie an, fasst zentrale Ergebnisse zusammen, weist aber auch vielfältig über sie hinaus.

Dem einleitenden Überblick über die Beiträge (*Georg Lämmlin/Hilke Rebenstorf*, S. 9-16) und dem Grußwort der damaligen EKD-Ratsvorsitzenden *Annette Kurschus* (S. 17-19) folgen zwei knappe Kapitel (Einführung; S. 23-32), die die lange Entstehungsspanne von ersten Beschlüssen zu einer empirischen Studie 2012 bis zu deren Fertigstellung und Veröffentlichung 2022 aus der Perspektive der EKD-Synode (*Irmgard Schwaetzer*) und aus der der EKD-Steuerungsgruppe (*Hilke Rebenstorf*) skizzieren.

Im zweiten Teil werden die Teilprojekte der EKD-Studie durch ihre Autor:innen vorgestellt und durch nicht an der Studie beteiligte Fachkolleg:innen (*Detlef Pollack*, *Aletta Diefenbach*) kritisch kommentiert. (S. 35-107)

---

<sup>1</sup> Evangelische Kirche in Deutschland EKD (Hg.), *Zwischen Nächstenliebe und Abgrenzung. Eine interdisziplinäre Studie zu Kirche und politischer Kultur*, Leipzig 2022, online abrufbar unter: <https://www.ekd.de/zwischen-naechstenliebe-und-abgrenzung-72929.htm>. Dazu erschien eine Rezension von Sonja Angelika Strube in: *theologie.geschichte* 18 (2023), <https://doi.org/10.48603/tg-2023-rez-16>, Zugriff am: 06.01.2025.

Die zentralen Ergebnisse des umfangreichen quantitativen Teilprojekts 1 (TP 1) zu *Kirchenmitgliedschaft, Religion, Vorurteile und politische Kultur* fassen *Susanne und Gert Pickel* übersichtlich und leicht lesbar zusammen. (S. 35-52) Da bisherige Studien (seit Adorno und Allport) einen ambivalenten Zusammenhang zwischen Religiosität und Kirchenmitgliedschaft mit Vorurteilen wahrnehmen, erarbeitete TP 1 die Unterscheidung mono- und transreligiöser Glaubensstile, erstere als eine Form von Religiosität, die religiöse Wahrheit exklusiv in der eigenen Religion gegeben sieht, letztere als eine, die anderen Religionen offen und mit einer pluralistischen Grundhaltung begegnet. Beide Glaubensstile können mit intensiver intrinsischer Religiosität verbunden sein, also „hochreligiös“ gelebt werden, doch neigen monoreligiöse Gläubige stärker zu Vorurteilen, transreligiöse weniger. Für Vorurteile anfällig machen, so Ergebnisse des TP 1, allerdings auch nichtreligiöse Weltanschauungen, etwa ein „ideologisch geprägter Säkularismus“ und vor allem „Para- und Aberglauben“ (S. 50).

In seinem Kommentar zum TP 1 (S. 53-60) hebt *Detlef Pollack* zunächst die innovative Bedeutung hervor, die die Erweiterung des Index für soziale Religiosität für die empirische Forschung hat, hat doch das quantitative TP 1 nicht allein die Häufigkeit der Teilnahme an kirchlichen Veranstaltungen erfragt, sondern auch die Bedeutung, die Bekanntschaften, vertrauensvolle Kontakte und informelle Netzwerke in der Gemeinde für Gemeindeglieder haben. Zugleich weist Pollack auf ein noch nicht gehobenes Auswertungspotenzial der erhobenen Daten hin. Bezüglich der Items, mit denen Mono- und Transreligiosität operationalisiert wurden, mahnt Pollack an, dass sie in ihrer aktuellen Fassung die Wertschätzung anderer Religionen und religiösen Synkretismus nicht klar genug voneinander trennten.

Einen ebenso material- wie (gerade auch für Nichtpsycholog:innen) hilfreichen *Überblick über relevante sozialpsychologische Theorien zur Erklärung von Vorurteilen und rechtsextremen Einstellungen* gibt *Alexander Yendell* in seinem gleichnamigen Beitrag. (S. 61-76) Das in der

Religionssoziologie noch junge Forschungsfeld zum Zusammenhang von Religion und Vorurteil bedürfe, so Yendell, der Ausarbeitung eines komplexeren Instrumentariums zur Erfassung verschiedener Formen von Religiosität unter Berücksichtigung sozialpsychologischer Theorien zur Entstehung von Vorurteilen. Als relevante Theorien stellt Yendell zuerst und ausführlich die Theorie der autoritären Persönlichkeit in ihrer Entstehung seit Reich/Horkheimer/Adorno und ihrer Entwicklung bis heute vor. Es folgen die Darstellung von Verschwörungsmentalität als Teil des autoritären Syndroms, das Konzept der Sozialen Dominanzorientierung, die Social-Identity-Theorie, die Terror-Management-Theorie, die Deprivationshypothese und die Integrated-Threat-Theorie als Erklärungsmodell für Benachteiligungs- und Bedrohungsgefühle, sowie abschließend und mit konstruktivem, Vorurteile abmilderndem Effekt, die Kontakthypothese.

Zentrale Ergebnisse ihres Teilprojekts 2 zu *religionsbezogenen rechten Narrativen in online-Kommunikaten zur EKD-Seenotrettungsinitiative* „united4rescue“ stellen *Kristin Merle und Anita Watzel* vor. (S. 77-93) Aus der Menge der analysierten Kommunikate konnten die Autorinnen ein „Masternarrativ“ herausarbeiten, das Deutschland als Heimat eines homogen gedachten autochthonen deutschen Volkes betrachtet, das durch „korrupte Eliten“ verraten werde und verfallende, was „Gegenwehr“ erlaube, um den ursprünglichen idealen Zustand wieder herzustellen. Der imaginierte Idealzustand erweise sich als patriarchal strukturiert; der idealisierten Vergangenheit werden auf die Gegenwart bezogene Angst- und Untergangsszenarien entgegengesetzt, vor allem verbunden mit der Verschwörungserzählung des „Großen Austauschs“, den kirchenleitende Eliten beförderten und an dem sie im Sinne einer Komplizenschaft Anteil hätten. Das öffentliche Ausprechen dieser Vorwürfe, das auch sprachliche Gewalt, etwa durch Gerichtsfantasien, umfassen könne, sei verbunden mit Gefühlen der Selbstermächtigung und Genugtuung. (S. 87) Weiter zu erforschen wären, so Merle und Watzel: die Fragen nach „Responsivität, Beteiligung und Repräsentation“; die

auch affekttheoretische Reflexion rechtspopulistischer Kommunikationen, die neue Impulse für den Umgang mit vorurteilsbezogener Kommunikation geben könne; die Frage, „wie sich kollektive Identitäten im Verhältnis zu individuellen konstituieren“ und schließlich die Frage danach, „wo Pluralität und Liberalität ihre Grenze finden müssen, damit Pluralität und Liberalität gewährleistet werden können“ (S. 93).

Kommentiert wird das TP 2 von der Soziologin *Aletta Diefenbach* aus einer affektsoziologischen Perspektive mit dem Ziel, die Beobachtungen von Merle und Watzel zu ergänzen („Zur affektiven Vielfalt menschenfeindlicher Narrative“, S. 95-107). Zunächst weist sie auf die immer auch affektiv grundierte (und andere Forschende oder Lesende affizierende) Positionalität aller Forschenden und Forschungsunternehmen hin und beschreibt den Forschungsstandpunkt des TP 2 differenziert im Hinblick darauf, worauf er seinen Fokus richte (etwa Machtgefüge und die Verletzlichkeit Marginalisierter) und für was er möglicherweise „ein Stück weit blind sein“ (S. 100) könne (andere Affekte, die sich neben Hass und Hetze auch in den Kommunikaten niederschlagen können). Anhand einzelner Beispiele aus dem umfangreichen Material des TP 2 zeigt Diefenbach auf, inwiefern eine auf eine Out-Group bezogene Hassrede nach innen hin Gemeinschaft stiftet - und darüber im digitalen Raum gegebenenfalls sehr schnell zu Radikalisierungen führt. Sie verweist, hier Merle/Watzel zitierend, darauf, nach dem Wahrheitsgehalt von Aussagen nach „Abzug“ der gehaltvollen Redeanteile zu fragen: Will die Aussage ausschließlich Sprache als Mittel der Gewalt gegen andere einsetzen, oder bleiben bedenkenswerte Inhalte stehen, auf die man im Gespräch sinnvoll eingehen könnte? Unter dem Stichwort „rationalisierte Affektpolitiken“ weist sie darauf hin, dass neurechte Kommunikate oft auch bewusst nüchtern, logisch und unaufgeregt formuliert werden, auf christliche Werte Bezug nehmen und dadurch überzeugen und vereinnahmen können, selbst wenn ihre Tatsachenbehauptungen „ins Verschwörungstheoretische abrutschen“ (S. 104).

Zentrale Ergebnisse ihrer *ethnographischen Studie zur politischen Kultur in Kirchengemeinden* (TP 3) stellen *Claudia Schulz, Manuela Barriga Morachimo und Maria Rehm* vor. (S. 109-121) Sie hatten insgesamt vier unterschiedlich profilierte Gemeinden in West- und Ostdeutschland zunächst durch Online-Erhebungen, dann über Teilnehmende Beobachtung, Einzel- und Gruppeninterviews sowie die Analyse im Feld gesammelter Dokumente über einen Zeitraum von über einem Jahr begleitet, um zu erheben, inwiefern und wie politische Themen die Gemeinden beschäftigen. (S. 110-111) Dabei wurde zunächst deutlich, dass politische Themen nicht selbstverständlich in Gemeindekontexten diskutiert werden. Als drei zentrale Einflussgrößen für eine Thematisierung ließen sich eruieren: „öffentlichkeitswirksame Ereignisse“, die zu Diskussionen anregen oder zu denen sich eine Gemeinde, da betroffen, verhalten muss, „zentrale hauptamtliche Personen“, die sich engagieren sowie die „politisch-kulturelle Prägung einer Gemeinde“ (S. 112). Als zentrale „Spannungsfelder“, die sich im Kontext eines (neuen) politisch positionierten Engagements ergeben, wurden das erforderliche (Neu-)Aushandeln von „Struktur- und Rollenfragen“ erhoben, ebenso des Verhältnisses des neuen politischen zu schon bestehendem klassisch-gemeindlichem Engagement samt seiner theologischen Begründung. Ein weiteres Spannungsfeld kann die neu zu justierende sozialräumliche Verortung der Gemeinde sein, wenn sie durch ihr Engagement in Kontakt mit neuen außergemeindlichen Akteursgruppen kommt, zu denen die Gemeinde gegebenenfalls als Ganze oder in Teilen ein spannungsreiches oder ein innergemeindlich stark divergierendes Verhältnis hat. Insgesamt konnte die Studie die vielfältigen Herausforderungen differenziert beschreiben, vor denen Kirchengemeinden im Kontext politischen Engagements stehen. Vor allem brauche es einen „langen Atem“, um den Umgang „mit gegenläufigen Ansichten oder Bedarfen“ einzuüben und den Umgang mit Konflikten „in das Selbstverständnis der Gemeinde“ so einzubinden, dass inhaltliche Auseinandersetzungen das „gute Miteinander nicht gefährden“ (S. 121).

Der dritte Teil des Tagungsbandes - *Implikationen für Kirche, Forschung und Praxis* (S. 125-218) - versammelt sechs weiterführende Aufsätze, die thematisch über die Inhalte der EKD-Studie hinausgehen.

Horst Gorski formuliert „*Implikationen für die kirchliche Praxis und für Kirchenleitende*“, die sich aus den Ergebnissen der Teilstudien ergeben, und benennt zugleich offen gebliebene Punkte. (S. 125-137) Er formuliert ein Plädoyer für die Bedeutung von Institutionen für die Stabilität einer Gesellschaft - und damit für ein positives produktives Selbstverständnis der Kirche(n) als Institution(en). Speziell die evangelische Kirche in Deutschland mahnt er, nicht zu sehr wie eine NGO zu agieren und kontroverse Diskussionen nicht zu moralisieren, da sie dadurch ein Repräsentanzproblem bekäme, das ihre Fähigkeit schwächt, Diskussionsräume zu schaffen. Den starken Widerspruch gegen die Seenotrettung, den TP 2 ausmachte, wertet er als Hinweis auf ein solches Problem - wobei aus meiner Sicht bei der Rezeption von TP 2 insgesamt stärker gewichtet werden müsste, dass starke negative Reaktionen im Netz häufig auf konzertierte Aktionen rechtsgerichteter Kreise und ihrer Resonanz-Blasen zurückzuführen sind. Der Befund des TP 1, dass starke „Religiosität ohne soziale Praxis tendenziell vorurteilsverstärkend, mit sozialer Praxis tendenziell vorurteilshemmend wirkt“ (S. 133), stärke, so Gorski, die Bedeutung der Kirchen als Institutionen, denen freilich daran gelegen sein müsse, spirituelle Menschen mit ihren Angeboten in höherem Umfang zu erreichen. Für die Praxis der EKD plädiert er für einen Plural von Kirchenbildern, da Vereinheitlichungsversuche Versektungstendenzen förderten. Eine anspruchsvolle Aufgabe werde darin bestehen, mit dem Eindringen rechtspopulistischer Narrative in religiöse Diskussionen umzugehen. Gorskis Votum für die Bedeutung lebenslanger Bildungsprozesse bleibt ein wenig konkretisierter Ausblick, der allerdings auf die Notwendigkeit verweist, dass Kirchenleitende sich selbst als Teil der zu Bildenden innerhalb dieses Prozesses verstehen.

Georg Lämmelin (*Implikationen für die Forschung im Bereich Kirchenmitgliedschaft, Religiosität, politische Kultur und Vorurteilsstrukturen aus der Perspektive des SI*, S. 139-146) beurteilt die Studie aus der Perspektive des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD, das seit 1972 regelmäßig repräsentative Kirchenmitgliedschaftsstudien für die EKD durchführt, 2023 erstmals in ökumenischer Perspektive in Kooperation mit der Deutschen Bischofskonferenz. Er skizziert kurz, inwiefern die Entwicklung der Erhebungsmethoden und erste Ergebnisse des Verbundprojekts „Zwischen Nächstenliebe und Abgrenzung“ bereits in die Kirchenmitgliedschaftsstudie von 2023 eingeflossen sind. In der weiteren Kirchenmitgliedschaft-Forschung sind nach Lämmelin zwei Fragen eingehender zu bearbeiten: zum einen die nach dem „Verhältnis von personaler und sozialer Religiosität zur kirchlichen Zugehörigkeit und Verbundenheit“ (S. 141) – praxisbezogen formuliert: Wieso erreichen die Kirchen nur einen geringen Teil hochreligiöser Menschen? Wie können sie ihre Expertise in Sachen Spiritualität so einbringen, dass mehr Menschen erreicht werden? Zum zweiten stelle sich die Frage danach, unter welchen Bedingungen Theologien als „Host Ideology für Positionen der politischen Rechten in Anspruch genommen werden“ (S. 142) und welche Bedingungen sie umgekehrt erfüllen muss, um Demokratie zu stützen. Darüber hinaus seien Forschungen zur Wirkung kirchlicher Kommunikation und „öffentlicher Theologie“ wichtig.

Auch Olga Janzens Beitrag „Über die Probleme der Operationalisierung miteinander verschränkter Vorurteile und die Integration verschiedene Ebenen“ (S. 147-157) fragt nach Implikationen der Verbundstudie für die weitere Forschung im Themenfeld. Was die Verbundstudie „monoreligiös“ nennt, sei in ähnlicher Weise bereits unter anderen Stichworten erhoben und in seinem Bezug zu Vorurteilen dargestellt worden. Nun stelle sich „die Frage nach der politischen Dimension des spezifischen Religionsverständnisses“ (S. 149). Des Weiteren skizziert und würdigt sie die Entwicklung der Forschungen zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit,

weist aber gleichwohl auch deren Grenzen auf. Diese sieht sie insbesondere im Bereich der Bearbeitung von Rassismus, der mit GMF-Instrumentarien allein auf der Ebene persönlicher Einstellungen in den Blick komme, während struktureller und institutioneller Rassismus nicht wahrgenommen werden könne und auch die intersektionalen Verschränkungen von „Ethnizität, Kultur und Religion“, die etwa den antimuslimischen Rassismus prägen, nicht erfasst werden könnten. (S. 150-151) Ebenso zeigt Janzen auf, inwiefern die Erforschung von Diskriminierungserfahrungen und die „antirassistische Wissensproduktion aus Schwarzer Perspektive“ (S. 154) Desiderate im Forschungsbetrieb sind - der kirchliche Studien zu mehr Raum und Öffentlichkeit verhelfen könnten.

Aufschlussreich, insbesondere für die katholische Theologie, ist die Analyse „Zurück zur natürlichen Geschlechterordnung? Theologische und theopolitische Motive im Anti-Gender-Diskurs“ (S. 159-195), die die evangelische Theologin Ruth Heß maßgeblich an Texten Josef Ratzingers/Papst Benedikts XVI. darstellt. Heß untersuchte zunächst unterschiedlichste Texte (christlicher) Antigender-Diskurse auf ihre theologischen Gehalte hin und konnte für Diskurse und Aktivismus aller Konfessionen die Dominanz katholisch-lehramtlich geprägter Gehalte, Konzepte und Termini ausmachen. Die Struktur der Diskurse sei geprägt von zwei zentralen Schlagworten – Naturrecht und Schöpfungsordnung – als „Rahmengrammatiken“, die als unhintergebar geltende Vorzeichen aller weiteren Argumentationen fungierten. Flankierend träten als „Applikationen“ maßgeblich die Stichworte der „Theologie des Leibes“ und der „Ökologie des Menschen“ hinzu, die Modernität und Anschlussfähigkeit an aktuelle Diskurse suggerierten, während dystopische Äußerungen als Katalysatoren Gefühle von Handlungsdruck erzeugten.

Thesenartig, leicht lesbar, erhellend, aber leider ohne exakte Quellenangaben wirft Martin Becher im Beitrag „Empörung als Methode“ Schlaglichter auf „Politikkonzepte des Rechtspopulismus“ (S. 197-204). Dieser sei, mit Jan Werner Müller, antirepräsentativ und antipluralistisch, sein

Politikverständnis geprägt von „Metapolitik, Symbolpolitik, Staubsaugerpolitik“ (S. 199) sowie dem Verzicht auf Realpolitik und dem Ausweichen auf Metakommunikation. Die Attraktivität des Rechtspopulismus sieht Becher (neben den Vereinfachungen und Dichotomien, die er liefert) vor allem in seiner „Verantwortungslosigkeit“ (S. 202-203), seiner Abwehr von Verantwortungsübernahme ebenso wie von Selbstreflexivität. „Come as you are“ sei eine niederschwellige Einladung, durch die sich der Rechtspopulismus von den Grünen ebenso wie von der evangelischen Kirche unterscheide. Besonders relevant für die Kommunikation der evangelischen Kirche sei es, so Becher, eine wertschätzende Bezeichnung für Menschen zu finden, die sich rechtspopulistisch orientieren, für die Demokratie aber noch zurückgewonnen werden können.

Abschließend skizziert *Henning Flad* die *Geschichte der 2010* gegründeten *Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche BAG K+R*, von der wesentliche Impulse für die Entstehung der EKD-Verbundstudie ausgingen - und die mit ihren zahlreichen hochqualifizierten kostenlosen Publikationen und ihren regelmäßigen Tagungen eine Breitenwirkung in Kirchen und Gesellschaft hinein entwickelt hat.

***Zur Rezensentin:***

Dr. Sonja Angelika Strube, Privatdozentin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Katholische Theologie, RPTU Kaiserslautern-Landau.